

Hans Schelkshorn

### **Wider die Instrumentalisierung des Christentums. Zur Unvereinbarkeit von neorechter Ideologie und christlicher Moral**

Durch den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien steht heute in den Kernstaaten der demokratische Rechtsstaat in Frage. Der überraschende Wahlsieg von Donald Trump hat selbst die republikanischen Grundfesten der USA erschüttert. Im heterogenen Spektrum neorechter Bewegungen sind Christen keineswegs unbeteiligte Zuschauer. Der Front National wird von ultrakonservativen katholischen Kreisen unterstützt. In der AfD engagieren sich sowohl konservative Katholik(inn)en als auch evangelikale Protestant(inn)en. Angesichts der Bedrohungen durch den politischen Islam haben sich inzwischen in zahlreichen europäischen Ländern Christ(inn)en und Neorechte zur „Verteidigung des christlichen Abendlandes“ vereint.

Der Geist neorechter Ideologie hat bereits seit Längerem die Grenzen rechtspopulistischer Parteien überschritten. In jüngster Zeit ist mit Viktor Orbán ein Christdemokrat zur neuen Leitfigur neorechter Bewegungen aufgerückt; auch in Polen ist mit der PiS eine „nationalkonservative“ Regierung an die Macht gelangt. Obwohl inzwischen sowohl gegen Polen als auch gegen Ungarn jeweils ein Verfahren zur Sicherung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips gemäß Art. 7 des EU-Vertrags eingeleitet worden ist, können sich Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński auf eine beinahe vorbehaltlose Unterstützung durch den katholischen Episkopat stützen. Teile der reformierten Kirche sympathisieren in Ungarn sogar mit der rechtsextremen Jobbik-Partei.

In der medialen Öffentlichkeit, aber auch in den Sozialwissenschaften werden neorechte Parteien zumeist unter dem schwammigen Begriff des „Populismus“ thematisiert. „Populismus“ gilt weithin als eine Politik ohne feste Ideologie, die sich jeweils den schwankenden Stimmungen des „Volkes“ anpasst, Ressentiments gegenüber den Eliten und Fremden mobilisiert und einfache Lösungen für komplexe Probleme anbietet. Das Bild eines ideologiefreien Populismus verharmlost jedoch in gefährlicher Weise die politische Agenda neorechter Parteien, die auf eine Aushöhlung bis hin zur Abschaffung liberaler, d. h. rechtsstaatlicher Demokratie abzielt. Mit seiner Proklamation eines „illiberalen Staates“ spricht Viktor Orbán nur in aller Offenheit aus, was neorechte Parteien über alle Differenzen hinweg ideologisch verbindet. Vor diesem Hintergrund stellt sich am Beginn des 21. Jahrhunderts für die Christ(inn)en in Europa die bedrängende Frage nach dem Verhältnis zwischen neorechter Ideologie und christlicher Moral.

## 1. Zur ideologischen Matrix der Neuen Rechten

Trotz aller inhaltlichen Differenzen liegt neorechten Parteien eine gemeinsame ideologische Matrix zugrunde, deren Elemente bereits in früher Zeit von Alain de Benoist, dem Begründer der Nouvelle Droite in Frankreich, entwickelt worden sind. Die Neue Rechte muss sich nach Alain de Benoist von zwei Dogmen des alten Faschismus befreien, nämlich der Option für eine gewaltsame Beseitigung der Demokratie und der Ideologie des biologischen Rassismus, der die Menschheit in Herrenrassen und Untermenschen unterteilt.<sup>1</sup> Im Gegensatz zum Faschismus der 1930er Jahre strebt nach de Benoist die Neue Rechte eine radikale Reform der Demokratie an und ersetzt den alten Rassismus durch einen Ethnopluralismus. Die Welt ist nach de Benoist ein Pluriversum raumgebundener Ethnien und Kulturkreise, die in gleichberechtigter Koexistenz zueinander stehen. Imperialismus- und Globalisierungskritik sind folglich nicht länger ein Monopol linker Gesellschaftskritik, sondern ein Kernstück neorechter Politik.

Die Erneuerung der Demokratie muss sich nach Alain de Benoist am Modell der direkten Demokratie der Antike orientieren, die auf einem homogenen ethnischen Fundament aufruhte. Tatsächlich hatte Perikles, worauf de Benoist ausdrücklich hinweist, 451 v. Chr. das Gesetz erlassen, dass athenischer Bürger nur sein kann, wer sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits von Athenern abstammt.<sup>2</sup> In diesem Sinn muss nach de Benoist auch heute die Demokratie wieder in eine Gemeinschaft von Bürgern umgewandelt werden, die durch eine gemeinsame Abstammung miteinander verbunden sind. Die Ideologie vorstaatlicher Menschenrechte, die nach de Benoist ein Produkt des Christentums und der Aufklärung ist, habe hingegen die Menschen aus den tragenden organischen Gemeinschaftsformen herausgelöst. Der moderne Liberalismus, der ideologische Hauptfeind, ist daher für de Benoist bloß die Säkularisierung des christlichen Individualismus und abstrakten Universalismus. Zusammenfassend hält de Benoist somit fest: „Die antike Demokratie gründet sich auf die Idee der organischen Gemeinschaft, die moderne [Demokratie] als Erbin des Christentums und der Aufklärung stützt sich dagegen einzig auf das Individuum. In beiden Fällen erhalten die Begriffe ‚Stadt‘, ‚Volk‘, ‚Nation‘, ‚Freiheit‘ einen ganz anderen Sinn.“<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu A. de Benoist, *Der Aufstand der Kulturen: europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert*, Berlin 1999, 36-38; 41-44.

<sup>2</sup> A. de Benoist, *Demokratie, Das Problem: Tübingen-Zürich-Paris 1986*, 18.

<sup>3</sup> A. de Benoist, *Demokratie* (s. Anm. 2), 24.

Die „organische Demokratie“, die sich weder auf das abstrakte Individuum noch auf die Menschheit, sondern allein auf die homogene Volksgemeinschaft bezieht, kann nach de Benoist am besten mit der Idee der Brüderlichkeit umschrieben werden, die allerdings von christlichen bzw. transnationalen Elementen gereinigt werden muss. „Die Heimat ist der natürliche Rahmen der Brüderlichkeit, jedesmal wenn diese unsere Pflichten gegenüber denen ausdrückt, die mit uns ein gemeinsames Erbe teilen.“<sup>4</sup>

Das Ziel einer neorechten Politik ist nach de Benoist der Rückbau der menschenrechtlich fundierten, pluralen Demokratie in eine ethnische Bürgergemeinschaft. Denn die Kraft einer Demokratie hängt von der „Existenz eines relativ homogenen Volkes“ ab. „Je enger sich die Mitglieder einer Gemeinschaft verbunden fühlen, desto eher haben sie die gleichen Gefühle, die gleichen Werte, die gleiche Art, die Welt zu sehen und die sozialen Beziehungen aufzufassen, desto leichter können sie kollektive Entscheidungen treffen, die zum Gemeinwohl beitragen, ohne auf eine Vermittlung angewiesen zu sein.“<sup>5</sup> Zu diesem Zweck schlägt de Benoist verschiedene Instrumentarien vor, die inzwischen zum Arsenal neorechter Parteien gehören: Stärkung direkter Demokratie durch Referenden, Schwächung der Gewaltenteilung und der Richterdemokratie, konkret des Verfassungsgerichts; Stärkung des kulturellen Zusammenhalts der Ethnie bzw. nationalen Gemeinschaft durch eine offensive Kulturpolitik.

Nach dem Front National hat 1986 Jörg Haider die Ideen von de Benoist aufgegriffen „Wird aber Politik nicht auf ethnischen Prinzipien aufgebaut, dann hat“ – wie Haider programmatisch verkündete – „die Menschheit überhaupt keine Zukunft“<sup>6</sup> Die Staatsbürgerschaft beruht auf dem Abstammungsprinzip; der linken Berufung auf die Menschenrechte wird das „Recht auf Heimat“ entgegengehalten.<sup>7</sup> Der Slogan des Ausländervolksbegehrens der FPÖ von 1993 „Österreich zuerst“ hat inzwischen zahllose Nachahmungen gefunden, bis hin zu Donald Trumps „America first“.

Parteiprogramme bilden eine politische Philosophie niemals eins zu eins ab. Dennoch kann de Benoists Konzept der Nouvelle Droite als ideologische Matrix angesehen werden, die neorechte Bewegungen trotz aller Unterschiede miteinander verbindet. Denn das Konzept einer „organischen Demokratie“ eröffnet einen weiten Freiraum, in dem Frage der „nationalen Identität“ je nach Land und Region unterschiedlich bestimmt werden kann. Aus diesem Grund können neorechte Parteien aus dem breiten Spektrum nationalistischen und

---

<sup>4</sup> Ebd., 116f

<sup>5</sup> Ebd., 24f..

<sup>6</sup> J. Haider, Die Freiheit, die ich meine, Frankfurt am Main, Berlin 1994, 224.

<sup>7</sup> Ebd., 87-89.

antidemokratischen Denkens, das sich seit dem 19. Jahrhundert und vor allem in der Zwischenkriegszeit entstanden ist, schöpfen. Aus welchen Quellen auch immer die nationale Identität bestimmt wird, so steht eine Sache außer Streit: Neorechte Parteien passen sich nicht einfach den schwankenden Stimmungen des Volkes an, sondern legen jeweils selbst vorweg fest, was „der“ Wille „des“ Volkes zu sein hat und vor allem wer zum Volk, d. h. der definierten ethnischen Gemeinschaft, gehört.

## **2. Kritik der ideologischen Synthese zwischen neorechter Ideologie und Christentum**

Obwohl Alain de Benoist die liberale Idee der Menschenrechte als eine Säkularisierung christlicher Moral zurückweist, haben sich bereits seit längerem Allianzen zwischen christlichen Gruppen und der Neuen Rechten gebildet. Eine neorechte Politik im Namen des Christentums muss jedoch eine Identität zwischen ethnischer Nation und einer homogenen christlichen Gesellschaft unterstellen. Darüber hinaus bilden antiliberalen bzw. antimodernistische Traditionen in evangelikalen und konservativ-katholischen Kreisen ideologische Brücken für aktuelle Allianzen zwischen Christentum und der Neuen Rechten. Das spektakulärste Beispiel für eine neorechte christliche Politik ist ohne Zweifel Viktor Orbáns Umbau des ungarischen Staates. Mit einer Stimmenmehrheit von 53 % erlangte die Fidesz-Partei 2010 eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die Orbán für eine neue Verfassung, die ohne Einbeziehung der Opposition beschlossen worden ist, nutzte. Dieser Akt war zwar legal möglich, widerspricht jedoch zutiefst dem Geist der Demokratie. In der Präambel wird Ungarn nicht mehr als eine Republik, sondern als eine christliche Nation beschrieben; daran schließt sich der Katalog der Menschenrechte an. Gewiss: In zahlreichen demokratischen Verfassungen finden sich in der Präambel idealisierende Darstellungen der nationalen Geschichte. Doch im Unterschied zu anderen „westlichen“ Verfassungen wird in der ungarischen Verfassung das Verfassungsgericht ausdrücklich verpflichtet, seine Entscheidungen im Licht der Präambel, d. h. des einseitig definierten Bildes von Ungarn als einer christlichen Nation, zu fällen.<sup>8</sup> Mit der „Osterverfassung“ hat Orbán Ungarn seiner Vision eines „illiberalen Staates“ zumindest angenähert. Den neorechten, ethnisch orientierten Geist der Verfassung hat Orbán selbst 2012 in einer Rede im südungarischen Ópusztaszer in aller Klarheit zum Ausdruck gebracht. „Von dem Augenblick an, wo wir als Ungarn auf die Welt kommen, schließen unsere sieben Stämme den Blutbund, gründet unser heiliger Stephan

---

<sup>8</sup> J.-W. Müller, *Wo Europa endet. Ungarn, Brüssel und das Schicksal der liberalen Demokratie*, Berlin 2012, 28f.

den Staat.“<sup>9</sup> Da Christentum und Nation als Einheit gedacht werden, ist für Orbán selbst die Priorität der ethnischen Gemeinschaft vor den Menschenrechten, ein Kernelement der neorechten Ideologie von de Benoist, kein Problem. Unter den Eliten Europas wird – so Orbán in einem Interview in der Schweizer „Weltwoche“ – nur über „seichte und zweitrangigen Themen debattiert. Nette Sachen wie Menschenrechte, Fortschritt, Frieden, Offenheit, Toleranz. Wir sprechen nicht über Freiheit, wir sprechen nicht über das Christentum, wir sprechen nicht über die Nation, und wir sprechen nicht über den Stolz. Brutal gesagt: Was heute in der europäischen Öffentlichkeit dominiert, ist nur europäisch-liberales Blabla über nette, aber zweitrangige Themen.“<sup>10</sup>

Wenn die Bewahrung der Homogenität des selbst definierten „Volkes“ zur zentralen Agenda der Regierungspolitik aufrückt, muss der innergesellschaftliche Pluralismus zurückgedrängt werden.<sup>11</sup> Aus diesem Grund setzt die Fidesz-Regierung sämtliche Bereiche der Zivilgesellschaft, von den Medien, Kultureinrichtungen bis hin zu NGOs und jüngst auch Privatuniversitäten unter Druck. Wer Kritik an der Regierung äußert, setzt sich dem Verdacht der Volksfeindschaft aus. Die Idee eines illiberalen Staates auf christlicher Grundlage wendet sich daher nicht bloß gegen die Exzesse einer neoliberalen Globalisierung, sondern stellt auch die Idee der pluralen, auf der Idee der Menschenrechte gegründeten Demokratie in Frage. Nicht zuletzt stellt Viktor Orbán wie de Benoist die Universalität der Menschenrechte in Frage. In der Rede in Kötöcsé vom 5. September 2015 stellt Orbán kontrastreich die „liberale Identität“ der „nationalen und christlichen Identität“ gegenüber.<sup>12</sup> Die liberale, d. h. menschenrechtsorientierte Politik habe die Welt in ein globales Dorf verwandelt, in dem der Westen allen Völkern in missionarischem Eifer die Idee der Menschenrechte – zuweilen gewaltsam – aufgezwungen habe. Wie bei de Benoist sind die Menschenrechte offenbar nur Teil eines bestimmten, nämlich des westlichen Kulturkreises. Da die Menschenrechte allen Menschen das Recht zusprechen, sich frei zu bewegen und sich an jedem Ort, wo es einem am besten erscheint, niederzulassen, dürfen wir uns nach Orbán nicht wundern, wenn in Krisenzeiten massenhaft Menschen an unserer Tür klopfen. Der liberale Kosmopolitismus gefährde daher den Wohlstand und die Selbstbehauptung Europas.

<sup>9</sup> Zitiert nach *G. Mayer*, Umstrittene Blut-und-Boden-Rede Orbáns, in: *Der Standard* (4.10. 2012); online verfügbar: <http://derstandard.at/1348284885395/> (abgerufen 20.5. 2017).

<sup>10</sup> Das Interview findet sich in der „Weltwoche“ (Nr. 46/Dez. 2015).

<sup>11</sup> Dies ist der Kern von Jan-Werner Müllers Theorie des „Populismus“; vgl. dazu *J.-M. Müller*, *Was ist Populismus? Ein Essay?*, Berlin 2016.

<sup>12</sup> Eine englische Übersetzung ist auf der homepage der ungarischen Regierung zugänglich: <http://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/viktor-orban-s-speech-at-the-14th-kotcse-civil-picnic>.

Der liberalen Idee einer globalen Verantwortungsethik stellt Orbán die christliche Identität entgegen, die sich an den Pflichtenkreisen orientiert. Wir sind nach Orbán zuerst für unsere Familienmitglieder verantwortlich, dann für die Mitglieder unseres Dorfes, unseres Landes – und zuletzt eventuell noch für andere („and then everyone else may come“). Der liberalen Ideologie sind nach Orbán nicht nur konservative Menschen, sondern auch christliche Kreise aufgesessen. Kirchliche Amtsträger hätten das christliche Gebot der Nächstenliebe, das bloß für den privaten Raum Geltung habe, illegitimerweise zu einem politischen Prinzip umfunktioniert.

Viktor Orbáns neorechte Verteidigung des „Christlichen Abendlandes“ führt exemplarisch vor Augen, dass eine Synthese zwischen Christentum und neoechter Ideologie geradezu eine Pervertierung christlicher Moral vollzieht. Um die inneren Widersprüche einer neorechten Politik unter christlichen Vorzeichen präzise zu erfassen, bedarf es allerdings einiger Klärungen.

Die neorechte Kritik an den Menschenrechten stellt nicht nur Hegels These, dass die Französische Revolution auf dem ethischen Universalismus des Christentum aufbaue, in Frage, sondern diskreditiert auch christliche Denker wie Jacques Maritain, der in der Mitte des 20. Jahrhunderts, d. h. inmitten der Barbarei des Faschismus, auf der Basis eines christlichen Naturrechtsdenkens wichtige Grundlagen für eine plurale Demokratie und die UN-Deklaration über die Menschenrechte gelegt hat.<sup>13</sup> Die Würde der menschlichen Person transzendiert nach Maritain alle geschichtlichen, auf Abstammung gegründeten Gemeinschaften. Die normative Vorgängigkeit der Person stellt nach Maritain das relative Recht gewachsener Formen der Gemeinschaft keineswegs in Frage. Auch Maritain ist ein Kritiker eines Liberalismus im Sinne eines bindungslosen Individualismus. Wenn jedoch die ethnische Gemeinschaft über der Person steht, gibt es nach Maritain gegenüber dem politischen Totalitarismus kein Bollwerk mehr. Aus diesem Grund hat „das weltliche Denken“ unter dem Einfluss des Christentums, wie Maritain im Sinn und zugleich im sachliche Widerspruch zu de Benoist weiter ausführt, erkannt, dass die antike „Bürgerfreundschaft“ durch „eine stärkere, umfassendere Liebe, eben die brüderliche Liebe“ ergänzt werden muss, damit sie in „eine Brüderlichkeit“ übergehen kann, die „über die Grenzen der Gesellschaftsgruppe hinausschreitet und sich über das ganze Menschengeschlecht ausweitet.“<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup> Vgl. dazu *J. Maritain*, Christlicher Humanismus. Politische und geistige Fragen einer neuen Christenheit, Heidelberg 1950 (Erstausgabe in Spanisch 1934); *ders.*, Die Menschenrechte und das natürliche Gesetz, Bonn 1951 (französische Erstausgabe 1942).

<sup>14</sup> *J. Maritain*, Christentum und Demokratie, Augsburg 1949, 49.

Die von Orbán attackierte „liberale Identität“, die den Menschen eine kosmopolitische Verantwortungsethik zumutet, ist geschichtlich betrachtet eine christliche Idee, die sich zwar in dieser Form noch nicht in der Bibel findet, jedoch am Beginn der Neuzeit von der christlichen Philosophie, genauer von der „Schule von Salamanca“ entwickelt worden ist. Im biblischen Samaritergleichnis geht es um die Hilfe gegenüber den uns jeweils begegnenden Notleidenden unabhängig von religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit. Der Samariter fühlt sich tatsächlich noch nicht für die gesamte Menschheit mitverantwortlich. Dies ändert sich jedoch im 16. Jahrhundert. Unter dem Eindruck der Gewaltexzesse in der Neuen Welt entwirft Francisco de Vitoria eine Theorie des Völkerrechts, die exakt jene Elemente enthält, die Orbán in nationalistischer Verblendung als liberale Ideologie brandmarkt, nämlich ein globales Reise-, Handels-, Niederlassungs- und Einbürgerungsrecht. Darüber hinaus weitet Vitoria den Horizont moralischer Verantwortung auf die gesamte Menschheit aus. In welchem Winkel der Erde auch immer Menschen ungerechterweise massenhaft zu Tode kommen, sind wir zur Hilfestellung verpflichtet.<sup>15</sup> Die derzeit geltenden internationalen Konventionen zum Asyl- und Fremdenrecht sind de facto eine Einschränkung gegenüber Vitorias Vision einer neuen Weltgesellschaft.

Die Lehre von den Pflichtenkreisen, die Orbán dem „liberalen Kosmopolitismus“ entgegengestellt, ist hingegen eine heidnische Lehre, die sich sowohl bei Cicero als auch beim Konfuzianer Menzius findet. Die Lehre von den Pflichtenkreisen widerspricht nicht dem ethischen Universalismus, sondern einem moralischen Egalitarismus, wonach Familienangehörige und Fremde in jeder Hinsicht gleich zu behandeln wären. Die Lehre von den Pflichtenkreisen plädiert stattdessen für eine schrittweise Ausweitung moralischer Verantwortung, die bei der Familie einsetzt, jedoch, wie die christliche Theologie und auch Menzius fordern, letztlich die gesamte Menschheit umfassen muss.

Das von Orbán angesprochene Verhältnis zwischen christlicher Moral und Politik ist ein äußerst komplexes Problem, das in diesem Zusammenhang nicht systematisch behandelt werden kann. Zumindest ein Hinweis sei hier gestattet: Das biblische Gebot der Nächstenliebe richtet sich tatsächlich zunächst an Christ(inn)en in ihrem alltäglichen, privaten Leben. Aus der christlichen agape, die zugleich eine göttliche Gabe ist, können nicht unmittelbar, d. h. ohne sorgfältige Abwägung aller Umstände, politische Prinzipien oder gar Lösungen für die aktuelle Flüchtlingsfrage abgeleitet werden. Auch und gerade in einer christlichen inspirierten Verantwortungsethik sind selbstverständlich auch die Kapazitätsgrenzen der Staaten, die Asylsuchende aufnehmen, zu berücksichtigen. In der Suche nach einer humanen Asyl- und

---

<sup>15</sup> Vgl. dazu *H. Schelkshorn*, *Entgrenzungen. Ein europäischer Beitrag zum Diskurs über die Moderne*, Weilerswist 2009, 205-298.

Migrationspolitik Eine christlich orientierte politische Ethik darf allerdings nicht in eine ethnische Ideologie zurückzufallen, sondern wird in den säkularen Menschenrechtskonventionen zentrale Gehalte ihrer eigenen Moral wiedererkennen und weiterentwickeln. Wer wie Viktor Orbán durch die Verfassung einen christlichen Staat aufbaut, sollte christlichen Menschenrechtsgruppen nicht vorwerfen, den Unterschied zwischen privater und politischer Ethik nicht begriffen zu haben.

### **Schlussbemerkung**

Auf den christlichen Kirchen lastet noch heute das schwere Erbe der Allianzen mit den faschistischen Systemen des 20. Jahrhunderts. Die Neue Rechte stellt das Christentum erneut vor eine historische Herausforderung, in der nicht weniger als der universalistische Kern christlicher Moral auf dem Spiel steht. Darüber hinaus stellen die neorechten Verteidiger des „Christlichen Abendlandes“ paradoxerweise die zentralen Errungenschaften europäischer Kultur, nämlich rechtsstaatliche Demokratie und Menschenrechte, in Frage. Die Antwort auf den politischen Islam kann jedoch nicht in einer völkischen Ideologie und einem christlichen Autoritarismus bestehen, die die späte Versöhnung zwischen Christentum und Demokratie desavouieren.

Die breite Resonanz neorechter Ideologien in evangelikalen und konservativ-katholischen Kreisen, die in den letzten Jahrzehnten vor unser aller Augen langsam und kontinuierlich gewachsen ist, muss konfessionsübergreifend zum Thema eines ernsthaften innerchristlichen Disputs gemacht werden. Die schonungslose Kritik an eigenen antidemokratischen Traditionen ist heute eine der zentralen Aufgaben in der je neu zu leistenden Selbstaufklärung des Christentums, die nicht länger durch falsche Rücksichten aufgeschoben werden darf. Denn unheilige Allianzen mit neorechten Bewegungen werden – dies kann schon jetzt mit Sicherheit gesagt werden – die Glaubwürdigkeit des Christentums in Europa auf Jahrzehnte hin beschädigen.

In einer Rede vor den Dominikanern in Paris rief Albert Camus 1946 die Christ(inn)en auf, ihre Bündnisse mit dem Faschismus zu beenden und sich am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, einer „Civitas des Dialogs“, zu beteiligen.<sup>16</sup> Im Kampf gegen antidemokratische Mächte dürfe sich nach Camus das Christentum nicht länger „die Tugend

---

<sup>16</sup> A. Camus, *Der Ungläubige und die Christen*, in: Ders., *Fragen der Zeit*, Reinbek bei Hamburg 1997, 65-70. Vgl. dazu H. Schelkshorn, *Albert Camus' Appell an die Christen*, in: Ders./F. Wolfram/R. Langthaler (Hg.), *Religion in der globalen Moderne. Philosophische Erkundungen*, Wien 2014, 193-215.



der Auflehnung und der Empörung ... die ihm vor langer Zeit eigen war“<sup>17</sup>, entreißen lassen, um nicht noch einmal „der vervielfachten Hinopferung des Sokrates beizuwohnen“.<sup>18</sup>

Durch den Aufstieg der Neuen Rechten hat Albert Camus‘ Appell an die Christ(inn)en eine neue Aktualität gewonnen. Die lateinamerikanischen Theologien der Befreiung haben bereits vor Jahrzehnten die christlichen Quellen prophetischer Kritik neu erschlossen. Vor diesem Hintergrund ist es wohl kein Zufall, sondern eher ein bemerkenswertes „Geschichtszeichen“, dass Franziskus, d.h. der erste Papst aus Lateinamerika, die europäische Christenheit an die menschenrechtlichen Grundlagen der europäischen Demokratie und an den Kerngehalt der christlichen Moral erinnern muss.

---

<sup>17</sup> A. Camus, *Der Ungläubige und die Christen*, 70.

<sup>18</sup> Ebd., 69.